

Gemeinderat Mi, 1.10.25

Gebühren in den Kindergärten & außerschulischer Betreuung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren,

ohne die Kitas wäre Schwetzingen nicht Schwetzingen. Danke an alle Erzieher*innen, die jeden Tag mit ihrer Arbeit dieses Bildungsangebot ermöglichen. Danke an die Eltern, die unseren Kitas das Vertrauen schenken. Und Danke an die Kinder, die jeden Tag aus einfachen Räumen Orte voller Leben, Lachen und Zukunft machen.

In den vergangenen Wochen haben wir uns hier am Ratstisch sehr viel Zeit genommen um uns über die zukünftige Gebührenordnung unserer Kindertagesstätten zu beraten.

Hierbei haben wir als Fraktion durch unsere Stadtspitze den enormen Druck verspürt: eine Erhöhung der Kinderbetreuungskosten sei aufgrund der finanziellen Haushaltslage und um einen genehmigungsfähigen Haushalt aufstellen zu können unerlässlich.

Dem Grunde nach ist dieser Kostendruck ein Phänomen, welches letztlich von ganz oben nach unten weitergegeben wird:

Unsere Regierung „The Länd“ scheint nicht so sehr den Fokus darauf zu haben, dass gute Bildung gerade für unsere Kleinsten ein wertvolles Kapital für deren Zukunftsfähigkeit ist – Sie gibt die Kosten an die Kreise und Kommunen und diese am Ende an die Familien weiter. Die Kostenbeteiligung des Landes sollte unserer Meinung nach noch höher ausfallen und das Land sollte mehr finanzielles Engagement in diesem so wichtigen Bereich zeigen.

Auf der anderen Seite sollten sich Kommunen zusammenschließen: eine Resolution des Städtetags wäre hier angemessen, um nicht ständig die Eltern mehr zur Kasse zu bitten,

sondern an das finanzielle Engagement des Landes zu appellieren – analog übrigens zu den jüngsten öffentlichen Brand- und Bürgerbriefen des Gemeindetags.

Die Elterninitiative Schwetzingen ist hier ein gutes Beispiel, wie man sich zusammenschließen kann. Sie hat sich mit ihrer Petition und ihrem vorbildlichen Engagement sowohl bei der Stadtspitze und dem Gemeinderat Gehör verschafft und sich für die Elternschaft stark gemacht. Wir begrüßen es sehr, dass diese Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt aufgestanden sind und sich aktiv und konstruktiv beteiligen, um ihre Belange zu vertreten. Herzlichen Dank für diesen großartigen Einsatz! Wir als SPD stehen im Austausch mit diesen Eltern und wir wissen, dass die heutige Entscheidung großen Einfluss auf deren Familienleben, insbesondere finanziell, nimmt.

Aber zunächst was ganz Grundsätzliches:

Wir als Fraktion, als Sozialdemokraten im Allgemein, vertreten eine Haltung, dass Frühkindliche Bildung genauso beitragsfrei sein muss, wie die Schul- und Hochschulbildung. Wird dies nicht umgesetzt, fehlen insbesondere Frauen länger auf dem Arbeitsmarkt. Denn die Betreuung im Kleinkindalter ist besonders teuer. Für viele Familien rechnet es sich subjektiv nicht, dass Mütter nach dem ersten Lebensjahr wieder beruflich einsteigen. Das verschärft den Fach- und Arbeitskräftemangel, verzögert die berufliche Weiterentwicklung von Frauen und wirkt sich später negativ auf deren Rente aus. Zudem werden die Bildungsbenachteiligung und die Zukunftsfähigkeit betroffener Kinder begünstigt.

Und das diese Annahme stimmt, zeigt einfach die aktuelle Situation.

Hinzu kommt: In den vergangenen Jahren - mit und ohne Corona - haben sich in vielen unserer Kindertagesstätten in Schwetzingen die Bedingungen trotz aller Anstrengungen des Personals verschlechtert, beispielsweise die Öffnungszeiten sind durch kurzfristige Ausfälle häufig unwägbare geworden oder müssen dauerhaft verkürzt werden. Zudem ist der Fachkräftemangel im Kitabereich enorm und kann kaum aufgefangen werden, um Erzieher*innen zu entlasten.

All das spricht eigentlich gegen eine Erhöhung der Kinderbetreuungskosten.

Aber wir als SPD wollen uns nach den vielen Beratungen und Diskussionen, bei denen auch eine drastische Erhöhung im Raum stand, nicht auf (derzeit nicht umsetzbaren) Grundsätzen

beharren, sondern Kompromissbereitschaft zeigen, auch wir sehen die Verantwortung für den Gesamthaushalt der Stadt.

Wenn wir heute einer Erhöhung um 10 Prozent, wie es in der Beschlussvorlage niedergeschrieben ist, zustimmen, machen wir das nicht leichtfertig und vor allem unter dem Einfluss, einen Beitrag zu einem genehmigungsfähigen Haushalt zu leisten.

Daher war es uns in den Vorberatungen so wichtig, dass wir als SPD für die kommenden Jahre weitere entlastende Regelungen von der Stadt prüfen lassen. Aus diesem Grund haben wir den Sozialrabatt, der im Beschlussvorschlag im Punkt 7 festgehalten wird, aktiv und vehement eingefordert.

Auch in Zukunft wird die Stadtverwaltung weiterhin Gebührenerhöhungen fordern. Und wir sehen uns hier in einer Zerreißprobe einerseits in der Überzeugung, dass Bildung einfach kostenlos sein muss – und andererseits, dass der Haushalt das alles hergeben muss.

Wir können weitere Kompromisse aber nur unter einer Überschrift der Sozialverträglichkeit mitgehen. Es gibt in Schwetzingen nicht nur Menschen mit hohem Einkommen oder jene, die ihre Gebühren über die Leistungen im Bürgergeld erstattet bekommen. – Es gibt auch jene, die trotz Vollzeitarbeit und Aufbietung aller familiärer Ressourcen bei jedem Euro Erhöhung schauen müssen, wie sie ihr alltägliches Auskommen bestreiten können. Und genau für jene muss es bei jeder weiteren Erhöhung einen wie auch immer festgesetzten und hier am Ratstisch aufgestellten Sozialrabatt geben – wie auch immer dieser verwaltungstechnisch umgesetzt werden kann.

In Bezug auf die außerschulische Betreuung im folgenden Punkt 4.3 ist unsere Position hinlänglich bekannt. Nach unserem Verständnis ist der bestmögliche Ansatz im Grundschulbereich ein verlässlicher und rhythmisierter Ganztagesbetrieb, der ohne ergänzende Betreuungsangebote auskommt und für die Eltern kostenfrei ist, gemäß unserem Grundsatz der kostenfreien Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Schwetzingen hat sich im Konsens aller Fraktionen hier gemeinsam auf den Weg gemacht und mit dem dringend gebotenen Ganztags schulbau der Zeyher-Grundschule den Startpunkt dieses noch langen Weges gesetzt. Unser Ziel und unsere Haltung werden wir im weiteren Prozess stets betonen. Aber auch hier gilt, dass zum jetzigen Zeitpunkt die Rahmenbedingungen von uns angenommen werden und wir daher dem Verwaltungsvorschlag in Punkt 4.3 zustimmen können.

Erlauben Sie mir noch eine Bemerkung zur Sanierungsmaßnahme des Kindergartens St. Pankratius im vorhergehenden Punkt 4.1 unserer heutigen Tagesordnung.

Hier werden wir in Zukunft sehr genau hinschauen, dass die eingesetzten Finanzmittel gemäß des Konzeptes und ihrer Bestimmung - es liegen entsprechende Beschlüsse aus den vergangenen Jahren vor -, auch zeitnah in die vollumfängliche Umsetzung gehen. Schließlich ist eine Vertragspartnerschaft, in diesem Fall zwischen unserer Stadt und der Katholischen Kirche, auch immer an beidseitige Bedingungen und Verlässlichkeit geknüpft. Dennoch freuen wir uns natürlich, dass das sanierte Gebäude nach der langen Phase der Baumaßnahme nun wieder den Familien und Kindern am gewohnten Standort zur Verfügung steht.